Fraktion im Kreistag Gütersloh

Birgit Niemann-Hollatz
Fraktionsvorsitzende
Detlef Gohr
Fraktionsgeschäftsführer

Geschäftsstelle
Blessenstätte 23 A
33330 Gütersloh
fon:05241/2115698

Kreishaus
Herzebrocker Straße 140
33324 Gütersloh
fon:05241- 85-1027

www.gruene-kreitagsfraktion.de
info@gruene-kreistagsfraktion.de

Rede zum Haushaltsplan 2025 des Kreises Gütersloh

Es gilt das gesprochene Wort.

17.02.2025

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

mir ist es in diesem Jahr schwergefallen, die Haushaltsrede für heute zu schreiben.

Angesichts

- von grausamen, nicht enden wollenden Kriegen und Auseinandersetzungen in Europa, Asien und Afrika,
- angesichts eines machtfixierten amerikanischen Präsidenten, der zusammen mit dem reichsten Mann der Welt, der ohne politisches Mandat und ohne demokratisch Legitimation, zerstörerisch agiert und irreparable Schäden weltweit verursacht,
- angesichts des Rechtsrucks in der Gesellschaft,
- angesichts von demokratischen Parteien, die im Bundestag bewusst Stimmen einer rechtsextremen Partei in Kauf nehmen, um Mehrheiten zu erreichen,
- angesichts eines Bundestagswahlkampfes mit vielen Fake News und versuchter Einflussnahme von außen auf die Bundestagswahl und
- angesichts des schnell voranschreitenden, bedrohlichen Klimawandels,

ist es schwierig, sich auf den Kreis Gütersloh zu fokussieren.

Mut macht allerdings, dass mehr viele Menschen in ganz Deutschland gegen Rechts auf die Straße gehen – wie gestern in Gütersloh. Da waren wir mehr als 1.500 Menschen, die für Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenwürde, ein friedliches Miteinander und Sicherheit bei eisigen Temperaturen auf die Straße gegangen sind.

Denn gerade jetzt ist es so wichtig, **mit Zuversicht und Mut** eine Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder in Frieden, Freiheit und Demokratie zu sichern! Das steht über allem.

Aber heute stehen der Kreis Gütersloh und die Verabschiedung des Haushalts im Mittelpunkt. Am Anfang möchte ich auf die Haushaltseinbringung durch den Landrat Herrn Adenauer und den Kämmerer Herrn Poppenborg Ende November eingehen.

Die **schwierige finanzielle Lage der Kommunen** macht es notwendig, einen sparsamen Haushaltsplan im Kreis aufzustellen. Ziel ist es, die Kreisumlage möglichst gering zu halten. Dadurch können die Haushalte der Städte und Gemeinden entlastet werden.

Gleichzeitig stehen in den nächsten Jahren erhebliche **Investitionen,** unter anderem in den Bau des Bevölkerungsschutzzentrums sowie in Gebäude und Strukturen der Schulen des Kreises Gütersloh an. Hier wird in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen investiert, aber zugleich auch die herausfordernde finanzielle Lage verschärft.

Es freut uns, dass der Kreis ohne die Einrichtung von neuen, zusätzlichen Stellen auskommt.

Und es ist sehr erfreulich, dass die **Kreisumlage** aufgrund der aktuellen Finanzlage im Kreis noch einmal um 3,4 Mio. Euro gesenkt werden kann. Dadurch wird den Kommunen etwas mehr Spielraum gegeben. Und es ermöglicht hoffentlich, zum Beispiel auf vorgeschlagene Kürzungen und Streichungen gerade im Kinder- und Jugendbereich – also dort, wo es besonders weh tun würde - doch noch zu verzichten.

Der größte Teil des Kreishaushaltes fließt in den Bereich der Transferleistungen. Sie liegen bei knapp 490 Mio. Euro und damit bei 58% des Gesamtaufwands.

Wir möchten an dieser Stelle nochmal besonders auf das **Thema Bürgergeld** eingehen.
Bei der Einbringung des Kreishaushaltes stellten Sie, Herr Adenauer, fest, dass das Bürgergeldsystem dringend reformiert werden müsse und es nicht sein dürfe, dass es Bürgergeldbeziehenden besser ginge, als Menschen, die tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen.

Das kann so nicht stehen bleiben, meinen wir, und bedarf einer differenzierten Betrachtung des Bürgergelds.Die folgenden Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales rechtfertigen diesen detaillierten Blick, auch auf die Verteilung des Bürgergeldes:

Von den 5,5 Mio. Bürgergeldempfänger:innen 2024 sind

- 800.000 Bürgergeld-Empfänger:innen in Arbeit, verdienen aber nicht genug, um davon leben zu können,
- 1,5 Mio. Bürgergeld-Empfänger:innen absolvieren eine Ausbildung, pflegen Angehörige, sind kurzfristig arbeitsunfähig oder durch Kindererziehung eingeschränkt,
- 1,6 Mio. sind Kinder unter 15 Jahren.
- Dann bleibt noch eine Gruppe von 1,6 Mio. Bezieher:innen von Bürgergeld übrig.

Diese rund 1,6 Mio. Menschen sind arbeitslos und können grundsätzlich arbeiten. Die meisten von ihnen haben jedoch keine ausreichende Ausbildung oder gesundheitliche Probleme, die es schwer machen, Arbeit zu finden oder eine dauerhafte Arbeit aufzunehmen. Die Statistiken zeigen, dass nur 16.000 Mensch im Bürgergeldbezug, das sind 0,4 %, die Arbeit verweigern.

Ich möchte gleichzeitig betonen, wie wichtig es ist, dass jeder und jede in diesem Land für sich und für seine oder ihre Familie Verantwortung übernimmt.

Die staatliche Gemeinschaft, also auch wir im Kreis Gütersloh, haben die Aufgabe, die Daseinsvorsorge sicherzustellen, die es allen Einwohner:innen ermöglicht und sie darin unterstützt, ihre Talente zu entfalten, unternehmerisch tätig zu werden und ihrer Verantwortung nachzukommen. Und wir als Gesellschaft müssen sie in Notlagen unterstützen – auch das gehört dazu.

Das Bürgergeld ist Teil der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und damit Teil der Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Und dafür ist genau das Bürgergeld da.

Wir stehen für eine differenzierte Betrachtung der Problemlagen. Pauschale Urteile gegenüber Menschen, die Bürgergeld empfangen oder einen Migrationshintergrund haben, sind kontraproduktiv. Damit wird das Zusammenleben aller Menschen im Kreis Gütersloh und in diesem Land gefährdet.

Vor diesem Hintergrund können wir zufrieden auf den Kreis Gütersloh blicken. Wir möchten dem Jugendamt und dem Jobcenter unseren Dank und unser Vertrauen aussprechen. Wir sehen, wie zielführend, engagiert und kreativ im Sinne aller Menschen im Kreis Gütersloh gearbeitet wird.

Und wir sehen die **Zahlen zum Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel**, die zu Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Einbußen im Kreis führen. Gleichzeitig gibt es den hoffnungsvollen Bericht aus dem Jobcenter, dass jede dritte Lehrstelle im Kreis Gütersloh mit einem Geflüchteten besetzt werden konnte.

Wie überall in Deutschland ist auch die **Kinderbetreuungssituation im Kreis Gütersloh** herausfordernd. Es fehlen Erzieher und Erzieherinnen. Das hindert - leider immer noch vor allem - Frauen generell an der Arbeitsaufnahme. Und das hindert geflüchtete Frauen aus der Ukraine und aus anderen Teilen der Welt besonders, an Sprachkursen teilzunehmen und in Arbeit zu kommen.

Aktuell melden weniger Eltern ihre Kinder in der **Kita** an. Die Gründe dafür sind noch nicht transparent und vermutlich vielfältig. Schaut man auf die sinkenden Geburtenzahlen, werden auch in Zukunft weniger Kinder einen Platz benötigen. Das sollte uns nicht zu dem Schluss kommen lassen, die Lösung der Kinderbetreuungssituation als weniger dringlich zu betrachten und Personal abzubauen. Kapazitäten, die möglicherweise entstehen, werden gebraucht, um alle Kinder zu fördern, um Deutsch als Bildungssprache früh zu vermitteln, damit der Einstieg in Ausbildung und Beruf gelingen kann. Und alle Eltern sollen die Möglichkeit haben, in Jobs zu arbeiten, die auch vor 9.00 und nach 17.00 Uhr Kinderbetreuung voraussetzen.

Die **Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung** sollten bzw. dürfen Eltern nicht davon abhalten, ihre Kinder in die Kitas zu bringen. Deshalb erfüllt uns die Steigerung der Elternbeiträge für den Kita-Besuch um 9 Prozent mit Sorge.

Gleichzeitig wissen wir, dass sowohl dem Kreishaushalt als auch dem Landeshaushalt insgesamt magere Jahre bevorstehen. Deshalb haben wir uns entschieden, dem Antrag der SPD, die Elternbeiträge für ein Jahr auf 3 % zu begrenzen, nicht zuzustimmen.

Mit der Beitragsbefreiung für Einkommen bis zu 30T€, zwei betragsfreie Jahre durch das Land und die generelle Befreiung für alle Familien, die berechtig sind, Leistungen nach Bildung und Teilhabe zu erhalten, sehen wir eine große, bedeutende Entlastung für die Familien.

Aktuell fragen wir über unsere Ratsfraktionen in den Städten und Gemeinden im Kreis Gütersloh nach, ob bei der Ermittlung und Festsetzung der Elternbeiträge sichergestellt ist, dass Kinderzuschlag- und Wohngeldberechtigte Familien tatsächlich beitragsfrei gestellt werden und damit ihr Recht auf Beitragsbefreiung in Anspruch nehmen. Dadurch wollen wir sichergehen, dass soziale Härten im Kreis Gütersloh vermieden werden.

Ich komme nun zum **Umweltschutz, Klimaschutz und Klimawandel** – Themen, über die derzeit erschreckenderweise viel zu wenig geredet wird.

Laut einer aktuellen, gerade veröffentlichten Untersuchung, die unter anderem vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und dem Bundesnachrichtendienst erstellt wurde, bedroht der Klimawandel die Stabilität Europas und gefährdet die nationale Sicherheit Deutschlands. Danach gehören die Sicherheitsrisiken durch den Klimawandel zu den „fünf großen externen Bedrohungen für unser Land“. Der Klimawandel steht damit hinsichtlich der Gefährdung auf einer Stufe mit dem expansiven Russland, den geopolitischen Ambitionen Chinas, zunehmenden Cybergefahren und dem internationalen Terrorismus.

Wir können es uns überhaupt nicht leisten, den Klimawandel aus dem Blick zu verlieren. Vielmehr müssen Umwelt- und Klimaschutz Priorität haben – in Deutschland und hier vor Ort.

Es besteht dringender Handlungsbedarf bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Ein konsequenter Klimaschutz ist nach wie vor die beste und kostengünstigste Option, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Denn: Klimaschutz ist Menschenschutz!

Aus unserer Sicht gibt es fünf zentrale Schwerpunkte, die in den Fokus genommen werden müssen:

- Hochwasserschutz und Starkregenmanagement,
- Verbesserung des Stadtklimas,
- Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen vor Hitzebelastung,
- Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität und
- ein konsequenter Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Damit es mit dem Klimaschutz im Kreis weitergeht, haben wir schon im letzten Jahr gefordert: Volle Kraft voraus für **Klimaschutz und Erneuerbare Energien**. Die inzwischen – zumindest zum Teil - verbesserte Personalsituation und die weit fortgeschrittene Umstrukturierung der Abteilung Umwelt lassen hoffen, dass es nun mit der Umsetzung des **Klimaschutzkonzeptes** zügig weitergeht. Dabei sollten Maßnahmen mit geringem finanziellem und personellem Aufwand mit Priorität in Gang gesetzt werden.

Genauso dringend müssen wir bei der **Mobilitätswende** weiterkommen. Die Mobilitätswende ist ein überaus wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Und sie ist eine der zentralen Herausforderungen - besonders hier auf der kommunalen Ebene. Weil hier im Kreis, in den Städten und Gemeinden die Mobilität der Zukunft realisiert und umgesetzt wird.

Mobilitätswende bedeutet Klimaschutz und Energieeinsparung. Mobilitätswende bedeutet saubere Luft, Gesundheit, Lebensqualität. Wir brauchen mehr sichere Verkehrsinfrastruktur, mehr gute Radverbindungen, mehr Fahrradstraßen, mehr Tempo 30-Zonen und wir brauchen einen guten Öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Kreis.

Heute können wir mit unserer Zustimmung zum Linien- und E-Carsharing Projekt in Borgholzhausen und Halle, der Schnellbuslinie zwischen Verl und Bielefeld, der Vereinfachung des Westfalentarifs und der Vergabe der ÖPNV-Leistungen ein gutes Stück weiterkommen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einem verlässlichen, guten ÖPNV.

Wir hatten es in diesen Haushaltsberatungen mit einer großen Zahl von Anträgen zu tun, die aus unserer Sicht schlicht überflüssig sind: Vieles wurde beantragt, was schon im Vorfeld einvernehmlich in Ausschüssen beraten wurde. In der Folge sahen sich andere Fraktionen auch bemüßigt, Anträge zu stellen, die dann aber wieder genauso überflüssig waren. Unnötige Arbeit – wie wir meinen – für die Antrag stellenden Fraktionen und für alle anderen auch. Unsere Vermutung: da wollten sich Fraktionen etwas auf ihre Fahnen schreiben, um sich damit in Zeiten des Wahlkampfs zu „schmücken“. Darauf können wir als Grüne gerne verzichten, denn wir hätten ohnehin – wie im Vorfeld besprochen - zugestimmt.

Ich möchte hier noch auf einige Anträge eingehen, die wir ablehnen.

Bei der Beratung des Haushalts und bei der Abstimmung über Anträge und Beschlussvorlagen verfolgen wir eine klare Linie:

- Keine Kürzungen zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen,
- keine Kürzungen, wenn dadurch Strukturen dauerhaft zerstört werden und
- keine Kürzungen im Bereich Klima- und Umweltschutz.

Außerdem müssen wir bei den freiwilligen Leistungen die Dynamisierungen bei Übernahme von Personalkosten beibehalten. Dadurch wird die Leistungserbringung für den Kreis gesichert.

Besonders geärgert hat uns ein Antrag der AFD. Die AFD beantragt allen Ernstes, die Mittel zur Förderung des Vereins Frauen für Frauen e.V. zu streichen. Unfassbar angesichts der Tatsache, dass in Deutschland fast jeden Tag eine Frau getötet wird. Fast jeden Tag werden in unserem Land Frauen getötet, weil sie Frauen sind. Und alle 3 Minuten erlebt eine Frau oder ein Mädchen hier in Deutschland häusliche Gewalt. Ende letzter Woche hat der Bundesrat erfreulicherweise dem Gewalthilfegesetz zugestimmt. Damit wird der Rechtsanspruch auf Schutz, Beratung und

Unterstützung für Frauen und Mädchen in Gewaltsituationen gewährleistet. Vor diesem Hintergrund ist die Beratung von Frauen – gerade mit Gewalterfahrung – unerlässlich. Dieser Antrag der AFD ist absolut ignorant und frauenverachtend! Zum Glück sind sich alle demokratischen Fraktionen einig und stimmen hier nicht zu.

Nun komme ich zum Antrag der CDU zur Kürzung des Zuschusses zur **Böckstiegel-Stiftung.** Auch wenn die CDU den Zuschuss nicht mehr um 300.000 Euro sondern um 120.000 Euro – wegen erfolgter Einsparungen bei Personal- und Energiekosten - kürzen will, stimmen wir hier nicht zu. Die Kürzung des Zuschusses ist ein schlechtes Zeichen gegenüber dem Museum, gegenüber den Ehrenamtlichen und nicht zuletzt auch gegenüber dem neuen Geschäftsführer. Das Museum ist immer sparsam mit Geld umgegangen und konnte mithilfe von glücklicherweise eingehenden Spenden vieles realisieren, was sonst nicht möglich gewesen wäre. Wenn Einsparungen erzielt werden, dürfen nicht zugleich die Zuschüsse gekürzt werden. Durch das Museum erzielte Einsparungen, müssen für die Arbeit des Museums genutzt werden können. Das Museum braucht auch in finanzieller Hinsicht Freiraum, um gute Arbeit zu leisten und sich weiter zu entwickeln. Schließlich erwarten wir, dass sich das Museum gut präsentiert, erfolgreich ist und ein außergewöhnlicher Publikumsmagnet mit hohen Besucherzahlen bleibt. Und dazu gehört auch ein sicherer, stabiler Finanzrahmen.

Nun zu unserem **Fazit zum Haushaltsplan 2025**: wir sind zwar nicht mit allen in den Ausschüssen gefassten Mehrheitsentscheidungen einverstanden, aber über alles gesehen stimmt die Richtung. Deshalb gibt es heute von uns eine **Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplan 2025.**

Im Namen der Grünen Fraktion danke ich allen in der **Verwaltung** für die **gute, konstruktive und offene Zusammenarbeit**. Vielen Dank an alle, die uns bei unseren Haushaltsberatungen unterstützt, sich mit uns ausgetauscht und unsere Fragen umfassend beantwortet haben. Ein besonderer Dank geht an Frau Koch, Frau Jürgenhake und Frau Overath, an Herrn Scheffer und sein Team, an Frau Dr. Lißner und besonders an Herrn Poppenborg. Vielen Dank für die konstruktiven Gespräche und Diskussionen. Den stets transparenten Umgang mit den Herausforderungen und den Lösungswegen wissen wir sehr zu schätzen.

Schließen möchte ich mit einer Bitte an die demokratischen Fraktionen und Kreistagsmitglieder: Lassen Sie uns weiterhin konstruktiv zusammenarbeiten und lassen Sie uns gemeinsam konsequent einsetzen für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, für Menschenrechte und Menschenwürde, für Frieden in Freiheit und für Sicherheit. Damit können wir den Zusammenhalt hier im Kreis stärken und Sicherheit geben.

Ich danke Ihnen allen fürs Zuhören.

Birgit Niemann-Hollatz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Gütersloh